

Bulsnitzer Tageblatt

Gernprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksonzeiger**

Ergebnis an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Ab-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Petitzelle (Mossé's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Thorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Alberstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Joh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 178

Montag, den 26. Oktober 1925

77. Jahrgang

Das Wichtigste

Wie die Telegraphen Union erfährt, waren zu der Fraktionsbildung der Deutschen Nationalen auch Vertreter aus Sachsen, dem Rheinland, Westfalen und Württemberg erschienen. Im weiteren Verlauf der Beratungen wurde dem Fraktionsvorstand das Vertrauen der Fraktion ausgesprochen.
Die deutschnationalen Minister der Reichsregierung haben ihr Rücktrittsgesuch dem Reichskanzler überreicht.

Verteilte und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Gründung der Ausstellung über Gesundheitspflege.) In der blumengeschmückten Turnhalle der Stadtschule zu Pulsnitz, die durch die Ausstellung von Scherenwänden und Tischen und die verschiedenartige Belebung mit von Herrn Fabrikbesitzer Lachmann (i. Fa. E. W. Müller) leihweise zur Verfügung gestelltem Leinen in einem vortrefflichen Ausstellungsraum umgewandelt worden war, fand am Sonnabend, dem 24. Oktober, nachmittags 4 Uhr, die feierliche Gründung der Ausstellung des Deutschen Hygienemuseums in Dresden statt, zu der sich eine große Anzahl geladener Gäste, darunter die Spitzen der staatlichen Behörden, Mitglieder der städtischen Kollegien, die Herren Bürgermeister und Lehrer der Gemeinden des Amtsgerichtsbezirks Pulsnitz, Vertreter der Industrie, der Landwirtschaft, des Handwerks und Gewerbes sowie der Arbeiterschaft, die Ärzte und Geistlichen von Pulsnitz und Umgebung, Vertreter der Krankenkassen, der freien Wohlfahrtspflege und der Presse eingefunden hatten. Herr Amtshauptmann Dr. Sievert begrüßte die Erschienenen im Namen des Bezirksfürsorgeverbandes des Amtshauptmannschaft Kamenz und zugleich im Namen des Stadtrats zu Pulsnitz, insbesondere des durch seine Teilnahme am Gemeindetag in Zittau leider am Erscheinen behinderten Herrn Bürgermeister Kämmerer, und gab der Zuversicht Ausdruck, daß die Ausstellung über Gesundheitspflege in Pulsnitz dem gleichen Interesse begegnen werde wie förmlich in Kamenz. Sein besonderes Dank galt der Leitung des Deutschen Hygiensemuseums, die die Ausstellung dem Kamener Bezirk als Wanderausstellung auf etwa 8 Wochen überlassen habe. Wenn man wisse, wie sehr die Ausstellung über Gesundheitspflege begehrt sei, wie lange die Gemeinden, die sie nur für 1–2 Wochen zu zeigen wünschten, in der Regel auf sie warten müßten, dann könne man nur doppelt dankbar dafür sein, daß wir die Ausstellung für so lange Zeit und für mehrere Orte nacheinander erhalten. Von Pulsnitz werde die Ausstellung, die zuletzt in Mecklenburg gewesen sei, noch an die Nordgrenze unseres Bezirks, nach Orling, dann nach Großröhrsdorf und zum Schluss nach Königsbrück weiter wandern, nachdem der Bezirksausschuß beschlossen habe, die Ausstellung an mehreren Stellen des Bezirks zu zeigen und damit der Bevölkerung in allen ihren Teilen Gelegenheit zu geben, in ihr Belehrung und Aufklärung über wichtige Gebiete der Gesundheitspflege zu empfangen. Herr Amtshauptmann Dr. Sievert begrüßte dann Herrn Dr. Neubert vom Hygienemuseum, der die Zusammenstellung der Ausstellungsgegenstände im wesentlichen geleitet habe und dann eine Führung durch die Ausstellung veranstalten werde; er batte dem Stadtrat zu Pulsnitz und der Schulleitung der Stadtschule für die Überlassung der schönen geräumigen Turnhalle zu der Ausstellung und für die Zuverfügungstellung eines dazu besonders geeigneten Raumes in der Schule für die Vorträge. Er dankte ferner den Herren Ärzten, die sich in entgegengesetzter und selbstloser Weise zur Übernahme von Führungen durch die Ausstellung und Lichtbildvorträgen an verschiedenen Abenden bereit erklärt hätten, schließlich auch den Herren Vertretern der Presse für die Unterstützung, die sie der Ausstellung hätten zuteil werden lassen. Er führte dann etwa weiter aus: Was bezwecke die Ausstellung, die wir heute eröffneten? Es sei eine Ausstellung über Gesundheitspflege. Sie wolle uns zeigen, was ein jeder von uns selbst tun könne, um nicht nur sich und die Seinen gesund zu erhalten, sondern auch an seinem Teil mitzuwirken an einer Verbesserung unserer Volksgesundheit. Die Gesundheitspflege sei ein wichtiger Teil der jetzt staatlich in weitausgewandter Weise organisierten Wohlfahrtspflege. Alle Gebiete, die die Ausstellung umfaße,

seien auch Glieder unserer Wohlfahrtspflegearbeit. Wie die Hauptbedeutung der Wohlfahrtspflege in ihrer vorbeugenden Arbeit liege, so wolle auch die Ausstellung durch Belehrung und Aufklärung in erster Linie vorbeugend wirken. Über ihr steht geschrieben: "Die Gesundheit zu pflegen, sie zu erhalten und drohende Krankheit zu verhüten ist stets leichter und auch wirtschaftlicher, als ausgebrochene Krankheit und zerstörte Gesundheit zu heilen!" Der einzelne und die ganze Bevölkerung könnten viel dazu beitragen, daß gesundheitliche Schäden verhütet und Weiterverbreitung von Krankheiten vermieden werden. Wenn dies ein jeder als seine Pflicht gegenüber dem Staate, gegenüber seinem Volke ansiehe, dann würden wir auch das Ziel erreichen, die Schäden, die unsere Volksgesundheit im Kriege und in den Entbehrungen der Nachkriegszeit erlitten habe, allmählich wieder wettzumachen. Und nur dann, wenn wir ein an Körper, Geist und Seele gesundes Volk seien, werde es uns möglich sein, den vielseitigen Anforderungen, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten an uns gestellt würden, zu entsprechen und uns in zäher Arbeit wieder empor zu ringen aus der Not der Gegenwart zu einer besseren Zukunft. Mit dem Wunsche, daß die Ausstellung zu einem kleinen Teile mit zur Erfüllung dieses Ziels beitragen möchte und daß ihr ein guter Besuch und voller Erfolg beschieden sei, erkläre er die Ausstellung als eröffnet. — Hierauf gab Herr Dr. Neubert vom Deutschen Hygiensemuseum in Dresden seinem Dank und seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Kamener Bezirk dank der Bemühung des Herrn Amtshauptmann die Ausstellung über Gesundheitspflege nicht nur an einer Stelle, sondern an mehreren Stellen des Bezirks hintereinander veranstalte. Das sei in der Geschichte des Hygiensemuseums tatsächlich ein Novum, und er könne nur hoffen, daß dieses Beispiel auch in anderen Bezirken nachgeahmt werde. Auf diese Weise sei es möglich, die Ausstellung an die Bevölkerung im ganzen Bezirk heranzutragen, insbesondere auch an die Landwirtschaft. Vom Lande habe der Staat von jeher immer wieder neue Kräfte gehöft und dies werde auch in Zukunft so bleiben. Allerdings müßten auch die Bewohner des Landes für die Ziele und Notwendigkeiten der Gesundheitspflege zugängig sein, denn auch sie seien jetzt gesundheitliche Schäden mehr ausgezeigt, als in früheren Zeiten. Gewiß könne jeder einzelne viel zur Erhaltung seiner Gesundheit und auch zu einer Besserung der ganzen Volksgesundheit beitragen, dazu gehöre aber ein Wille und tägliche Arbeit. — Im Anschluß an diese Ausführungen führte Herr Dr. Neubert die zu der Gründungsfeier erschienenen Gäste durch die Ausstellung und erklärte in den einzelnen Abteilungen die ausgestellten Abbildungen und Gegenstände. — Es kam auch von unserer Seite nur hervorgehoben werden, daß die Ausstellung einen nach jeder Richtung hin vorzüglichen Eindruck macht und daß sie eine Fülle wertvollen Materials für die Gesundheits- und Wohlfahrtspflege enthalte. Möchte möglichst niemand verläumen, ihr einen Besuch abzustatten, möchte sich die Bevölkerung von Stadt und Land vor allen Dingen an den von den Ärzten veranstalteten allgemeinen Führungen möglichst zahlreich beteiligen. Die Ausstellung wird bis nächsten Sonntag geöffnet sein.

Pulsnitz. (Über Säuglingspflege) spricht heute abend Herr Dr. med. Fuchs im Vortragszimmer der Stadtschule.

Pulsnitz. (Heimatschuh = Vorträge.) Diesen Dienstag, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Schützenhaus Pulsnitz die Fortsetzung des hier im vorigen Herbst gezeigten Bildstreffens: "Mit Kamera und Kino durch die Vogelwelt", der Filmvortrag: "Gefiederte Räuber" statt, den Oberlehrer Paul Bernhardt, Dresden, der bekannte Ornithologe, hält. Viel interessante Szenen aus dem Vogel Leben werden den Besuchern wieder gezeigt. Karten an der Abendkasse.

— (Unveränderte Novembermiete.) Die gesetzliche Miete ist im Monat November in derselben Höhe wie für den Oktober zu zahlen.

— (Deutsche Oberschule Bischofswerda.) In der heutigen Nummer befindet sich die Bekanntmachung über die Österanmeldung für die Deutsche Oberschule Bischofswerda, an der zur Zeit 6 Jahrgänge, nämlich die Klassen

VI bis mit U. II bestehen. Sie ist eine neunstufige höhere Lehranstalt, in die Schüler und Schülerinnen nach Vollendung der Grundschulzeit, also nach dem 4. Schuljahr, eintreten können; bei entsprechender Vorbildung besteht für ältere Knaben und Mädchen auch die Möglichkeit des Eintritts in höhere Klassen. Die Deutsche Oberschule erteilt die gleiche Berechtigung wie das Realgymnasium oder die Oberrealschule, also nach sechsjährigem Besuch das Zeugnis der mittleren Reife (das frühere Einjährigenzeugnis); nach neunjährigem Besuch gibt sie mit dem Maturitätszeugnis die Berechtigung zum Studium an der Universität oder der technischen Hochschule. Die Deutsche Oberschule Bischofswerda ist mit einem Schülerheim verbunden, in dem auswärtige Schüler — auch Schülerinnen — gute und billige Aufnahme finden können. Für gute und gesunde Wohnungsverhältnisse bürgt der Prachtbau der Schule. Begabte Kinder weniger bemittelten Eltern kann durch die Hilfsbücherei, durch Rüstgeldbeihilfen, durch Schulgelderlaß eine Erleichterung des Besuchs der Schule gewährt werden. — Der Besuch der Deutschen Oberschule bietet beste Gelegenheit, die gesteigerten Ansprüche, die das praktische Leben an den Bildungsgang der Jugend stellt und künftig noch in erhöhtem Maße stellen wird, zu befriedigen.

— (Berücksichtigung der Ernteschäden bei den Steuerzahlungen.) Das sächsische Finanzministerium hat angeordnet: Auch in diesem Jahre sind in einigen höher gelegenen Gegenden des Landes, insbesondere im Erzgebirge und im Vogtland, der Landwirtschaft infolge anhaltenden Regenwetters während der Erntezeit zum Teil erhebliche Schäden (z. B. durch Auswaschen des Getreides) zugefügt worden. Die Grundsteuerbehörden bzw. Hebegemeinden werden daher ermächtigt, in den heimgezogenen Gegenden von Zwangsmassnahmen gegen die von Wetter schäden erheblich betroffenen Landwirte vorläufig abzusehen, wenn die am 15. Oktober 1925 fällige Vorauszahlung an Grundsteuern nicht entrichtet wird. Weitere Anordnungen sollen noch folgen.

Lichtenberg. (Sitzung der Gemeindeverordneten.) Der Vorsitzende gab bekannt, daß der Gemeinde vom Überlandkraftwerk Pulsnitz 551 Mark Umlaufprozenten gutgeschrieben worden sind. Das Geschäft des Bierhändlers Herrlich um Erläß der Besitzwechselabgabe wurde gegen vier Stimmen abgelehnt. Dem Wirtschaftsbetrieb Sahre wurde zur Errichtung einer Waffermauer die Hälfte der Kosten bewilligt. Herr Kaiser erhält für das Steinbrechen bis auf weiteres pro Kubikmeter Straßensteine 3 Mark und für Mauersteine 2,50 Mark. Der Arbeiter-Samariter-Kolonne Pulsnitz wurden zur Anschaffung einer Fahrbahn 15 Mark bewilligt. Für die Brandbeschädigten in Leppersdorf, Lehn-dorf und Bretnig soll eine öffentliche Sammlung veranstaltet werden. Um dem Werkmeister Hause Bauland zu verschaffen, soll versucht werden, ein Stück Gemeindeland gegen Kirchschulchen einzutauschen. Die Leppersdorfer Straße soll von Nr. 99 bis zur Grenze neu befestigt werden. Da der Staatsanteil an der Besitzwechselabgabe von 4 auf 3 Prozent herabgesetzt worden ist, wurde der Gemeindeanteil von 4 auf 2,5 Prozent herabgesetzt. Für die Straßenbeleuchtung wurden einige Änderungen beschlossen.

Bischofswerda. (Großfeuer.) Die bekannte Fischermühle in der Nähe des Neuen Anbaues auf Belmsdorfer Flur ist vor vergangene Nacht vollständig niedergebrannt. Die Bäcker, die im nebenstehenden neuen Bäckereigebäude noch bei der Arbeit waren, bemerkten das Feuer um 1 Uhr und schlugen sofort Lärm. Der Brand, der im dritten Stockwerk ausgebrochen war, verbreitete sich bei dem herrschenden Südwestwind sofort über das ganze Gebäude und ergriff auch die Wohnung des Herrn Beck, der sich und sein Kind gerade noch retten konnte. Bei der eiligen Flucht hat sich Herr Beck noch eine Beinverletzung zugezogen. Obwohl die Feuerwehren sofort an die Bekämpfung des Feuers gingen, war vom Mühlengebäude nichts mehr zu retten. Der entstandene groÙe Schaden wird durch die Versicherung gedeckt. Obwohl die Untersuchung noch kein abschließendes Resultat ergeben hat, kann man mit ziemlicher Sicherheit auf Brandstiftung schließen.

Arnsdorf. (Unter Israel.) In der hiesigen Landesanstalt sprach kürzlich der in den weitesten Kreisen be-

kannte Missionar Zahnke aus Breslau, der auf dem Gebiete der Judenmission sehr tätig und mit Erfolg tätig ist. Es waren interessante und auch ergriffende Bilder, die er aus seinen Erlebnissen unter Israel den Zuhörern bot. Es geht zwar langsam mit der Judenmission vorwärts, aber sicher. Auch ist unter Israel mehr Sehnsucht aus ihrer Welt heraus vorhanden, wie wir im allgemeinen annehmen. Herr Missionar Zahnke ist von hier nach Bayern gegangen. — Im Festsaal der Landesanstalt, hier, bot Jean Alice Baffner-Politz mit ihrer Schülerschar einen reizenden Unterhaltungsabend unter dem Titel: „Rokoto“. — Klavier- und Gesangsvorläufe, sowie Gedichte wurden geboten und dann das Goethe'sche Lustspiel: Die Laune des Verliebten. Die kleine Künstlerchar erntete großen Beifall. — Nach dem Weggehen des Herrn Pfarrer P. Claus in Wallroda ist in den beiden Kirchengemeinden Wallroda und Arnsdorf leider eine lange Vacanz eingetreten, die hoffentlich nun recht bald ihr Ende haben dürfte, nachdem vom Konistorium die Vorschläge erfolgt sind. Vorgeschlagen wurden die Herren: Pfarrvater Friedrich aus Oberloschwitz, Pfarrer Gebhardt in Landwüst bei Marienkirchen, Pfarrer Männchen in Schönheide. Diesen Sonntag hält der Erftgenannte seine Gottespredigt und zwar vorm. 9 Uhr in Wallroda und nachm. 1 Uhr in Arnsdorf.

Str.

Dresden. (Sühne für den Doberzeiter Mord.) Am Donnerstag stand vor dem Schwurgericht Dresden der Prozeß gegen den Tischler Hugo Waldemar Georg Kahl statt, der am 3. Juni d. J. im Gasthof zu Doberzeit bei Pirna den Oberstrafenvorwurf Max Keil niedergeschossen und andere Personen mit Erschießen bedroht hatte, als er beim Diebstahl ertappt worden war. Kahl wurde nach längerer Verhandlung wegen schweren, im Rücksalle begangenen Diebstahls, Totschlags und Mörderung in 2 Fällen zu insgesamt 10 Jahren 5 Monaten Zuchthaus verurteilt, auch geht er auf 5 Jahre der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig.

Freiberg. (Festnahme eines entsprungenen Verbrechers.) Der Schwerverbrecher, der kürzlich aus dem Gefängnis des Landgerichts Freiberg in Gemeinschaft mit einem anderen Insassen ausbrach, ist gestern im Grillenburger Walde festgenommen worden. Sein Kumpan hatte sich, wie gemeldet, bereits am Tage nach der Flucht in Döbeln freiwillig gestellt.

Schandau. (Eine neue Jugendwohl-Heimstätte am Lilienstein.) Am Fuße des Liliensteins ist jetzt die zweite Heimstätte des Vereins Jugendwohl ihrem Zweck übergeben worden. 80 Jugendliche sollen hier auf ihren Wander- und Urlaubsfahrten Unterkunft finden.

Nossen. (Durchgehender Fernsprechdienst.) Wie in den Nachbarstädten Lommatzsch und Wilsdruff wird vom 1. November ab auch hier der durchgehende (Tag und Nacht) Fernsprechdienst eingeführt. — (Wenn wird man in Pulsitz soweit sein? D. Ned.)

Aue i. Erzg. (Mütterehrung.) Die vom Stadtrat beschlossene Ehrung der kinderreichen Mütter unserer Stadt wurde vorige Woche vorgenommen. 210 Mütter mit sieben und mehr lebenden Kindern hatten sich dazu im alten Stadtverordnetenfestsaale eingefunden, wo sie an weißgedeckten Tafeln Platz nahmen, um mit Kaffee und Kuchen bewirtet zu werden. Gesangliche Vorträge leiteten die Feier ein, worauf Stadtrat Ziegler in einer Ansprache die Mütter feierte als der Berehrung und Ehre würdig. Welch' große Leistung für unser Volk von den kinderreichen Müttern vollbracht worden ist, dafür sei ein Beweis, daß von den 210 anwesenden Müttern 2202 Kinder geboren worden sind, von denen 1638 am Leben sind. Die Ehrengabe an die kinderreichen Mütter sollte nur eine kleine Anerkennung für treu erfüllte Mutterpflichten bedeuten. Der Hauptwert der Mütterehrung aber sei, hierdurch die Achtung vor der kinderreichen Mutter zu heben, und die Öffentlichkeit auf ihre Pflichten gegenüber der kinderreichen Mutter aufmerksam zu machen.

Wünsdorf. (Massenhinauswurf deutscher Postbeamten.) In diesen Wochen wurden in Komotau, in Kadou fast sämtliche deutsche Postbeamte abgebaut. In der rein deutschen Stadt Wünsdorf wurden am Postamt 1 Postdirektor Kelbel (39 Dienstjahre), Oberpostkassierer Knobloch (27 Dienstjahre), Oberadjunkt Zapf (20 Dienstjahre), Oberoffizial und Telefonbetriebsleiter Zettel (19 Dienstjahre), Oberadjunkt Roja Köhler (21 Dienstjahre) abgebaut. Am Postamt 2 betraf der Abbau den Postazessisten Joch, der Postmeister des Postamtes 3 wurde bereits vor kurzem abgebaut. Es handelt sich um Beamte, die alle Tschechischprüfung bestanden haben. Der eine hatte sie eben abgelegt und bestanden, als jetzt drei Tage darauf der Abbau eintraf. Es handelt sich um lauter leitende Stellen, die natürlich alle sofort neubesetzt aber in andere Hände gegeben worden. Am Postamt 1 waren schon früher 7 deutsche Beamte eingestellt worden.

Sächsischer Gemeindetag

Zittau. Die Tagung des Sächsischen Gemeindetages wurde am Donnerstag abend mit einer Festauflösung im Zittauer Stadtheater eröffnet. Anschließend folgte ein Abendessen, an dem u. a. teilnahmen Minister des Innern Müller, Ministerialdirektor Dr. Schulze und Dr. Stoye, sowie Landtagspräsident Winkler, Kreishauptmann Richter. Heute vormittag begannen die Beratungen. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Böhler Dresden, hielt die Begrüßungsansprache und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Tagung zum Nutzen der Gemeinden und des gesamten Vaterlandes verlaufen möge. Oberbürgermeister Brüggenberger-Zittau begrüßte die Tagung namens der Stadt Zittau und Innenminister Müller namens der Sächsischen Staatsregierung. Hierauf hielt der Geschäftsführer des Sächsischen Gemeindetages, Dr. Naumann, einen Vortrag über die Stellungnahme der Gemeinden zum sächsischen Finanzausgleich. Er läutete u. a. aus: Der diesjährige Reichsfinanzausgleich ist unter einem für die Gemeinden besonders ungünstigen Stern standgekommen, weil die Reichsregierung Parlamenten und welten Kreisen der Industrie sich die unrichtige

auf missverständlicher Auffassung der wirklichen Finanzlage der Gemeinden beruhende Anschauung gebildet hatte, daß die Gemeinden in ihrer Gesamtheit im Überfluß schwämmen. In Wahrheit sind es nur einzelne wenige Gemeinden gewesen, die auf Grund des jetzigen Systems hohe Steuerüberstellungen erhielten und gegenüber der Mehrheit der Gemeinden sich in verhältnismäßig günstiger Lage befanden. Die Kosten der Gemeinden sind gegenüber der Vorkehrszeit ganz außerordentlich gewachsen. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet betrugen die Gesamtausgaben der Gemeinden im Jahre 1913: 86,19 M., 1924: 117,40 M., 1925: (geschätzt) 134,61 M. Das ist eine Steigerung gegenüber 1913 für das Jahr 1924 um 36,2 %, für das Jahr 1925 um 56,2 %. Die Wohlfahrtsstellen betrugen, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, im Jahre 1913: 5,36 M., 1924: 23,18 M., 1925: 27,65 M. Das ist eine Steigerung gegenüber 1913 für das Jahr 1924 um 332,1 %, für das Jahr 1925 um 415,8 %. Tatsächlich haben die Gemeinden ihre Haushaltspläne für 1925 zum großen Teil mit einem Fehlbetrag belasten müssen. Sie sind dabei davon ausgegangen, daß sich der Landesanteil für Sachsen an Einkommensteuer 153 Millionen, an Körperchaftsteuer 17 Millionen, an Umsatzsteuer 30 Millionen beladen würde; in Wahrheit sind aber nach den Erstabschätzungen der ersten 4 Monate dieses Jahres die Steuerertragsergebnisse den geschätzten Zahlen wesentlich zurückgeblieben. Die Gemeinden müssen infolgedessen beim Rechnungsbilanz 1925 mit einem erheblichen Fehlbertrag, d. h. mit einer Verschuldung rechnen. Es kommt hinzu, daß der Reichsfinanzausgleich bei den wichtigsten Steuern, nämlich Einkommen- und Körperchaftsteuer, den bisherigen Landesanteil von 90 auf 75 % herabstellt. Das ist eine Verminderung um rund 15 Millionen Mark für das zweite Halbjahr 1925. Demgegenüber steht nur eine Erhöhung von rund 5,3 Millionen Mark für Umsatzsteuer. Die Gemeinden fordern deshalb, daß an der bisherigen Verteilung der Einkommensteuer nichts geändert wird, sind dagegen bereit, das bisherige Verteilungsverhältnis der Umsatzsteuer, von der der Staat 40 die Gemeinden 60 % des Landesanteils erhalten, zu Gunsten des Staates zu verändern. Hier soll der überstehende Mehrbetrag von 5,3 Millionen Mark künftig ebenfalls nach dem Verhältnis der Einkommen- und Körperchaftsteuer zwischen Staat und Gemeinden verteilt werden. Der preußische Staat hat in seinem Finanzausgleich diesen Grundsatz sich zu eigen gemacht. Die tatsächliche Verteilung will aber die Anteile der Umsatz-, Einkommen- u. Körperchaftsteuer zu Ungunsten der Gemeinden verändern. Hinsichtlich der Mietzinssteuer verlangen die Gemeinden, daß die nächste Erhöhung in Höhe von etwa 5 % ausschließlich für Zwecke des Wohnungsbaues und daß weitere Erhöhungen für Wohlfahrtszwecke vorbehalten bleiben. Eine außerordentlich wichtige Rolle spielt die Frage, wie der Finanzausgleich nach dem 1. April 1927 geschehen soll. Nach § 8 des Reichsfinanzausgleichsgesetzes vom 10. August 1925 sollen die Länder und Gemeinden durch ein besonderes Reichsgesetz von diesem Tage ab das selbständige Zuflussrecht wieder erhalten. Dies entspricht einem lange geäußerten Wunsche der Gemeinden. Nach § 8 des Reichsfinanzausgleichsgesetzes sollen eine ganze Reihe von Unterlagen, insbesondere über das Veranlagungsergebnis des Jahres 1925 und über die Einnahme der Länder und Gemeinden im Jahre 1925 und im ersten Halbjahr 1926 beigebracht werden; vor allem aber soll eine scharfe Scheidung der Aufgaben zwischen Reich, Land und Gemeinden nach § 42 der 3. Steuernordnung erfolgen. Wir wünschen, daß diese Unterlagen mit möglichster Verschleierung im Einvernehmen mit den Spitzengesellschaften der Gemeinden beschafft werden. Dabei gehen wir auch davon aus, daß die Lohnsteuer nicht wieder bestellt, sondern in das Zuflussystem mit verarbeitet wird. Die dabei verknüpften technischen Schwierigkeiten sind nicht zu erkennen, sie sind aber nicht unüberwindbar. Einen Weg haben wir in Sachsen bereits bei der Einführung der A beitgeberabgabe gesetzt. Auch dort findet schon eine Erhebung der Steuern bei den Betriebsgemeinden statt, die dann nach einem genauen Schlüssel an die Wohnungsgegenden zu verteilen sind. Gegenüber dieser Hauptfrage treten die anderen Fragen, ob man das System der Vorveranlagung oder der Nachveranlagung einführen soll und ob man die Steuervermehrung von den Finanzämtern wieder auf die Gemeinden übertragen soll, an Bedeutung zurück. Eine Uebertragung der Steuerverwaltung auf die Gemeinden wird bei dem gegenwärtigen Stand der Finanzämter allerdings nicht ohne Bedenken sein.

treten, so daß die Stimmung der Massen den gesuchten Pakt sofort zu verwerfen müssen glaubte.

Die politische Lage in Berlin.

Berlin. Nachdem der Beschuß der Deutschnationalen Volkspartei bekannt geworden war, hat der Reichskanzler noch einige Parteiführer bei sich versammelt und mit ihnen die aus dem Beschuß sich ergebenden Folgerungen besprochen. Man kam darin überein, daß verfassungsmäßig und formal die Entscheidung über die weitere Haltung der Deutschnationalen Volkspartei und über das Überleben der Deutschnationalen Minister im Kabinett der Fraktion untersucht und, daß das Ergebnis einer Fraktionsberatung zunächst abgewartet werden müsse.

Da ein großer Teil der Mitglieder der Deutschnationalen Reichstagsfraktion Berlin nach den Beratungen vom Mittwoch wieder verlassen hat, läßt sich zur Stunde nicht übersehen, ob die Fraktion den Beschuß der Landesverbandsvorsitzenden billigen wird, oder ob sie eine Zwischenlösung finden wird. Als wahrscheinlich gilt in parlamentarischen Kreisen, daß die Fraktion den Beschuß der Landesverbandsvorsitzenden bestätigt. Das würde zwar zur Folge haben, daß zum mindesten der Innenminister Schiele sein Amt niedergelegen müsse und daß die Deutschnationale Reichstagsfraktion auch zu einem Kumpfabinet Luther in Opposition stehen würde, denn die Deutschnationale Fraktion würde in ihrem Beschuß ein Stück weiter gehen, als es das Kabinett am Donnerstag vor den Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses für richtig gehalten hat.

Über den Beschuß, den das Kabinett damals gefaßt hat, sind die widerprechendsten und unsinnigsten Meldungen verbreitet gewesen, wodurch die Situation verwirrt worden ist. Das Kabinett hat am Donnerstag weder die Annahme der Vereinbarungen von Locarno beschlossen, noch etwa schon ganz bestimmte Richtlinien für das weitere Verhalten gegenüber Locarno aufgestellt.

Kabinetsbildung in Berlin.

○ **Berlin.** Reichsausßenminister Dr. Stresemann ist wieder in Berlin eingetroffen. Im Laufe des Sonnabends trat das Kabinett zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der durch den Deutschnationalen Beschuß geschaffenen Lage zu beschäftigen.

Regierungskrise in Sicht?

Der Beschuß des erweiterten Deutschnationalen Parteivorstandes lehnt durch die Verwendung des Ausdrucks „das nunmehr vorliegende Ergebnis“ prinzipiell den Vertrag von Locarno ab.

Da dadurch eine neue Sachlage geschaffen ist, geht aus dem ja schon verzeichneten Umfange hervor, daß Graf Westarp, als Vorsitzender der Reichstagsfraktion, diese zu einer Sitzung einberufen hat, um das nach dem Beschuß des Parteivorstandes erforderliche zu beschließen. Nach der Absicht des Parteivorstandes könnte das selbstverständlich nur dahin geschehen, daß der der Deutschnationalen Reichstagsfraktion angehörige Innenminister Schiele zurückgenommen wird und seine Demission gibt. Der den Deutschnationalen zuzählende, aber nicht der Fraktion angehörige Reichsfinanzminister von Schlieben und ebenso der in der gleichen Lage befindliche Reichswirtschaftsminister Neuhaus würden vor der Reichstagsfraktion nicht zu einer Demission veranlaßt werden können, sondern ganz nach eigener Entscheidung zu handeln haben. Sedenfalls ist selbstverständlich, daß eine Regierungstrije unvermeidlich ist, wenn die Deutschnationale Reichstagsfraktion dem Beschuß des Parteivorstandes die Folge gibt, die dieser erwartet.

Das Rücktrittsgesuch überreicht.

Berlin, 25. Oktober. Wie die Telegraphen-Union erfährt, haben die Minister Schiele, von Schlieben und Neuhaus entsprechend der in der Deutschnationalen Entscheidung enthaltenen Ankündigung am Sonntag abend 9 Uhr dem Reichskanzler ihr Rücktrittsgesuch überreicht.

Keine Entscheidung in der Sonntag-Nacht und die nächsten Besprechungen.

Berlin, 26. Oktober. Wie die Telegraphen-Union von unterrichteter Seite erfaßt, ist im Laufe der Sonntag-Nacht irgend eine Entscheidung zu den Entwicklungen der drei Deutschnationalen Rethminister nicht mehr zu erwarten. Der Kanzler nahm gestern abend gemeinsam mit dem Reichsfinanzminister Dr. Stresemann und den Staatssekretären dieser beiden Rätsen an einem Essen teil, das in der egyptischen Gesellschaft vom Premierminister Sarakatschi veranstaltet wurde. Gerade, wenn aufgabe der Kanzler nach der Ueberredung der Demissionsschlüsse noch eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten haben sollte, können auf das bestimmtste demissionieren werden. Da schließlich hat der Kanzler, bevor er in die egyptische Gesellschaft fuhr, beim Reichspräsidenten einen Besuch gemacht, zu einem Zeitpunkt also, als die Demissionsschlüsse noch gar nicht vorlagen. Im Laufe des Montags dürfte sowohl wie die Rethminister selbstverständlich das Kabinett versammeln, um die Lage zu beraten. Ferner sind Besprechungen des Reichspräsidenten mit dem Reichspräsidenten selbstverständlich. Es erüthrt sich aus der Lage, daß der Kanzler mit den Parteikollegien Abstimmung nehmen wird, um daraus die Entscheidungen für die weitere Entwicklung aufzubauen. In parlamentarischen Kreisen wird die Lage sehr ruhig beurteilt. Es liegt Grund für die Annahme vor, daß die weiteren Entscheidungen ohne Hast getroffen und durchgeführt werden.

Die Volkspartei für Fortbestehen der Rechtskoalition.

○ **Berlin.** In den Reihen der Deutschen Volkspartei ist man, wie wir hören, entschlossen, die bisherige Zusammenarbeit mit der Deutschnationalen Volkspartei in der Reichsregierung über den Gefahrenpunkt, der jetzt eingetreten ist, hinaus zu retten. Die Folgen eines Bruches der bisherigen Koalition, die sich nach der Ueberzeugung der Deutschen Volkspartei bestens bewährt hat, werden für ganz unabsehbar gehalten.

Sollte es zur Reichstagsauflösung und danach abermals zu einem Wahlkampf kommen, so wäre gar nicht abzusehen, wie die auswärtige und die innere Politik der letzten Monate, an der die Deutschnationale Volkspartei entscheidend mitgewirkt hat, fortgeführt werden könnte.

Es wird alles aufgeboten werden, um in den nächsten Tagen einen Ausgleich der hervorgetretenen Gegensätze zu

ermöglichen. Jedenfalls wird mit Nachdruck betont, daß durch den Beschuß des Landesvorstandes der Deutschnationalen Volkspartei noch keine endgültige Aenderung der politischen Lage herbeigeführt worden ist.

Die befreende Tat.

Berlin. Die Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands haben dem Grafen Westarp als Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der D. N. V. P. folgendes Telegramm zugesandt:

"In Kreisen der Vaterländischen Verbände wird das 'Unannehmbar' der Deutschnationalen Volkspartei als befreide Tat begrüßt. Dieser Beschuß entspricht unserer innersten Überzeugung, daß es gilt, unser Volk vor einem zweiten, neuen Versailles zu bewahren. Von der Reichstagsfraktion erwarten wir, daß sie den von der Partei eingeschlagenen Weg in Einmütigkeit und unabänderlichem Willen auch überlets betreibt. Sie darf sich dabei getragen wissen vom nationalen Willen breitester Kreise des Volkes."

Stresemann über Locarno.

○ Karlsruhe. In einer Rede, der Reichsminister Dr. Stresemann in Karlsruhe über die Verhandlungen von Locarno hielt, führte er folgendes aus:

Was bisher in Locarno geschaffen worden ist, kann die Zustimmung jedes Deutschen finden. Wenn Deutschland durch den Vertrag von Locarno den Beweis seiner dauernd friedlichen Einstellung gibt, dann muß aber das, was bisher geschaffen wurde, auch erweitert werden durch die Bekundung unserer Vertragskontrahenten, auch ihrerseits die Folgerungen aus diesem neuen Stand der Dinge zu ziehen. Auch ohne jeden Zusammenhang mit den Verhandlungen in Locarno muß zunächst die Differenz wegen der Belebung der ersten Rheinlandzone beseitigt werden. Die nördliche Rheinlandzone ist am 10. Januar nicht geräumt worden, und wer über den Geist des Misstrauens in dem deutschen Volke klagt, der soll nicht vergessen, daß gerade diese Nichteinhaltung des Räumungstermins von Köln genügend Grund zu diesem Misstrauen gegeben hat.

Die Stellungnahme der Reichsregierung und des deutschen Volkes soll darin bestehen, die Entscheidung zu fällen, sobald wir erkennen können, daß das, was bisher in Locarno vor sich gegangen ist, sich für das Rheinland auswirkt. Dr. Stresemann legte dann dar, daß die Behauptung, daß die in Locarno vereinten Mächte beabsichtigen, einen Block gegen Russland zu schließen, vollkommen unrichtig sei, und erklärte, Deutschland würde eine solche Politik nicht mitmachen, da es auf die alten Beziehungen zu Russland, die sich aus der Lage des Landes und den Beziehungen beider Völker ergeben, nach wie vor den größten Wert legt.

Bon Versailles bis Locarno war ein weiter Weg. Von Locarno wird ein weiter Weg sein, um das zu erwirken, was das Ziel jeder deutschen Regierung sein wird und sein muß: der Wiederaufbau Deutschlands.

Der angebliche Inhalt der deutschen Entwaffnungsnote.

○ Paris. Wie verlautet, soll die von dem deutschen Botschafter überreichte Note die Maßnahmen aufzählen, die von der deutschen Regierung zur Erfüllung der Forderungen der Botschafterkonferenz vom 4. Juni ausgeführt worden sind. Die Note wird unverzüglich den alliierten Botschaftern zugestellt werden. Man erwartet, daß die Botschafterkonferenz zur Prüfung des Schriftstücks zusammengetreten wird.

Die Abendblätter glauben zu wissen, daß die Note folgende Punkte enthalte:

1. Die bereits ausgeführten Abrüstungsmaßnahmen;
2. Maßnahmen, die Deutschland weiterhin auszuführen gedenkt;
3. die Punkte, über die zwischen der Reichsregierung und der interalliierten Kontrollkommission noch keine Verständigung herbeigeführt wurde.

In der Note heißt es zum Schluß, die deutsche Regierung werde mit Genugtuung von der Festlegung eines Datums der Räumung des Kölner Gebiets durch die Alliierten Kenntnis nehmen.

Vom Glück vergessen.

Roman von Fr. L. E.

(Nachdruck verboten.)

„Ich wollte zu Fräulein Hanna Lisowski!“ sagte sie nach der Begrüßung auf seinen fragenden Blick. „Und auf die schmale, schwere Ledertasche.“ — er deutete auf die schmale, schwere Ledertasche. „Es muß sein, Herr von Kronau, die Arbeit drängt! Und Hanna ist froh, wenn ich bei ihr bin.“ „Ob sie allein froh ist darum?“ Es sah mit einem verdeckten Blick sie an, so daß eine dunkle Glut in ihr Gesicht schoss. Durfte er so zu ihr sprechen? War das nicht respektlos? Ach, sie fand in allem etwas, sie war so überempfindlich — denn sie hatte recht gut verstanden, was er meinte! Doch sie durfte ihn nicht verstehen. Darum bemerkte sie in leichtem Ton: „Tante Lisowski und Blanka sind immer so sehr in Übereinstimmung genommen, daß Hanna oft allein ist, da sie nicht überall mitgehen kann! — Wie gefällt sie Ihnen?“ Sie ist eine sympathische junge Dame mit einem lieben, hübschen Gesicht! Schade, doch — —“ „Ja, sie ist auch vom Glück vergessen —“ sagte sie bitter. „Auch — sagen Sie, Baronesse?“ er sah ihr erregtes Gesicht. „Soll das auf Sie gehen? Sind Sie nicht auftriebst? Wer glaubte nicht Ansprüche an's Glück zu haben! Ich forderte ein gut Teil von ihm — ich bin nicht besiegt!“ Und er umfaßte ihre Gestalt mit einem ärztlichen Blick. Sie hatte ganz vergessen, daß sie hinter dem Siegestor in die Straßenbahn hatte steigen wollen; jetzt fiel es ihr ein, als sie an der Ludwigstraße waren. „Ich muß einen, Herr von Kronau —“ Er hielt ihre Hand fest. Ein heißer Strahl brach aus ihrem Auge. Und sie sind nicht neugierig zu erfahren, was ich vom Glück fordere? Ich lasse mich nicht von ihm vergessen! Ich dränge mich vor — —“ Sie wagte nicht, ihn anzusehen, weil sie fürchtete, sich zu verraten.

Locarno und die Amerika-Kredite

Während die Staatsmänner Deutschlands und der alliierten Länder in Locarno tagten, hat der Präsident der deutschen Reichsbank, Dr. Schacht, eine Reise nach Amerika angetreten. Als Grund für diese Fahrt wurde angegeben, daß Dr. Schacht den Besuch erwidern wolle, den sein amerikanischer Kollege, der Präsident der Bundesreserve-Bank von New York, Herr Benjamin Strong, vor einigen Monaten in Berlin gemacht hat. Schließlich wurde aber doch zugegeben, daß Dr. Schacht mit seinem Besuch in New York und Washington gesellschaftliche Zwecke verfolge. Man bestreit allerdings mit Entscheidheit, daß Dr. Schacht eine Anleihe in Amerika zu vermitteln beabsichtige. Bekanntlich ist ein amtliches Dementi nicht immer angenommen werden dürfen, daß Dr. Schacht nicht mit fertigen Vertragsfischen in der Tasche über den Atlantischen Ozean gefahren ist. Der belgische Außenminister Vandervelde hat sich dafür gewünscht, daß der Abschluß des Vertrages von Locarno die Aussichten amerikanischer Kreditgewährung an die Staaten des europäischen Festlandes verbessert habe. Zu einer solchen Feststellung hätte es nicht der Information durch einen so prominenten Teilnehmer an den Verhandlungen von Locarno bedurft. Der amerikanische Präsident Coolidge und mit ihm seine Staatssekretäre Kellogg und Mellon haben immer wieder erklärt, daß das Volk der vereinigten Staaten erst dann in vollem Umfang bereit sein würde, seinen Reichtum in den Dienst des Wiederaufbaus zu stellen, wenn sich die früher verschiedenen Staaten zu wirklichem Frieden zurückgefunden hätten. Zweifellos sind die amerikanischen Politiker jedoch nicht soweit gegangen — wie aus der Umgebung Vanderveldes weiter verlautet, dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann die finanzielle Sabotage Deutschlands anzuhören, falls die deutschen Delegierten die Verhandlungen in Locarno abbrechen sollten. In Amerika weiß man genau so gut wie in Europa, daß die Initiative zum Friedenspakt von Deutschland ausgegangen ist, und daß die Reichsregierung nicht so töricht sein würde, eine Bewegung zum Scheitern zu bringen, die sie selbst hervorgerufen hat.

Nicht ausdrücklich dementiert worden ist die Meldung, daß Reichspräsident Dr. Schacht zunächst unverbindliche Besprechungen über die Revision des sogenannten Londoner Zahlungsprogramms haben würde. Weiter wird als Aufgabe Dr. Schachts in Amerika bezeichnet, er wolle sich Amerikas Unterstützung zur unbedingt sicheren Wahrung des derzeitigen deutschen Wirtschaftsstandes verschaffen. Diese Meldung gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß der Präsident der Bank von England in den nächsten Tagen in New York erwartet wird. Die angelsächsischen Länder sind in hohem Maße an der Stabilität der deutschen Währung interessiert, zu dieser Erkenntnis habe sie sich ausgeräumt, als in den Jahren 1920 bis 1923 für die deutsche Wirtschaft infolge der fortwährenden Inflation eine ununterbrochene Exportkonjunktur ersten Ranges herginge. Bei dem Kampf, den die Reichsregierung vor einigen Wochen gegen die sogenannte "Balatalause" eröffnete, hieß es, daß das Vertrauen des Auslands in die deutsche Währung noch nicht wieder vollkommen hergestellt sei. Einen Teil der Schuld hieran trage das Verhalten gewisser deutscher Importeure, die sich bei der vorbehaltlosen Fakturierung in Reichsmark nicht ausreichend gegen Verluste gesichert fühlen. Wenn es dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Amerika gelingen würde, einen Teil des dortigen Goldüberflusses für die Verstärkung der Golddeckung unserer Währung zu gewinnen, so würden die Geschäftsställe beider Länder — Deutschlands und Amerikas — Vorteil davon haben. Es ist selbstverständlich, daß eine weitere Sicherung unserer Währung auch die Neigung des geldbezogenen Publikums in Amerika zur Übergabe von Kapital und Kredit nach Deutschland stärken würde. Dr. Gross.

schwerlicher Fahrt vorige Woche in seinem Heimatort an. Als er ins Dorf trat, fuhr eben ein weißhaariger Greis mit einem Fuhrwerk vom Felde nach Hause. Es war der erste Mensch, dem der Heimkehrer begegnete und dieser erste Mensch war der eigene Vater. Der erkannte den Sohn nicht dieser aber hat, den Koffer auf den Wagen legen zu dürfen, ging dann nebenher und, die Rücksicht kaum zurückhaltend, begann mit dem Sohn ein Gespräch mit dem Alten, der ihm bald seinen Schmerz um den Sohn erzählte. Da sagte der gute alte Greis, er fühle nicht weiter, und man war vor dem väterlichen Hause. Der Sohn konnte nun nicht weiter an sich halten und es gab ein rührendes Erkennen, bei dem der Alte in seiner unsagbaren Freude wie ein Kind weinte.

** Die Hinterlassenschaft eines amerikanischen Tabakkönigs. Der kürzlich verstorben amerikanische Tabakkönig, J. P. Duke, hinterließ ein Vermögen von 150 Millionen Dollar, das seiner Frau, einigen Verwandten und mehreren wohlthätigen Unternehmen zufällt. Die erste Frau des Verstorbenen, von der er geschieden war, fand man vor kurzem tot auf. Sie war an Entbehrung gestorben.

** Die Folgen eines Zyklons. Nach einer Meldung aus Peru sind durch den Zyklon, der Anfang Oktober im Peripherischen Golf tobte, 240 Segler verunglückt. 7000 Menschen sind dabei ums Leben gekommen.

** Giftmordversuche an der Chefrau. Der Büchsenmacher Rudolf Neitz aus Leipzig, der wiederholt den Getränken seiner Chefrau lebensgefährliche Gifte beigegeben hatte, wurde vom gemeinsamen Schöffengericht in Leipzig wegen versuchten Giftmordes zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Chorverlust verurteilt.

** Zwei Mörder zum Tode verurteilt. Nach zweitägiger Verhandlungsdauer vor dem Schwurgericht in Duisburg gegen die Chefrau Brück und deren Geliebten, den Bergmann Paul Buzcal, die gemeinsam vorsätzlich und mit Überlegung den Chemnam der Frau Brück, den Magazinaufseher Ludwig Brück, in der Nacht des 13. Juli in Oberhausen-Drich getötet hatten, wurde das Urteil gefällt. Gemäß dem Antrag des Staatsanwalts wurden beide zum Tode unter gleichzeitiger Verurteilung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Die Offenbarlichkeit war wegen Gefährdung der Sittlichkeit für die Dauer der Verhandlung ausgeschlossen.

Neueste Meldungen.

Die Berliner Stadtwahlen. — Wahlergebnisse von 2,55 Uhr nachts.

Berlin, 26. Oktober. Am Tage der gestrigen Stadtwahlen bot die Reichshauptstadt ein Bild, das einen Vergleich mit den früheren Wahlen auch nicht im entferntesten auslöst und bei weitem nicht der Bedeutung entspricht, die diesen Wahlen zukommt. Die Propagandatätigkeit beschränkte sich nur auf Plakatträger und wenige Autos. Auch die Wahlbeteiligung dürfte hinter den früheren Wahlen bedeutend zurückbleiben, hatten dochstellweise bis zu den Mittagsschlägen kaum 15 Prozent der eingetragenen Wähler ihrer Pflicht genüge getan. — Bis 2,55 Uhr nachts waren die Wahlergebnisse aus 2082 von 2241 Bezirken errechnet. Danach entfielen auf Sozialdemokraten 507 280, Deutsche Nationale 316 720, Deutsche Volkspartei 91 469, Kommunisten 301 149, Demokraten 150 354, Wirtschaftspartei 63 826, Zentrum 55 366, Unabhängige 23 224, Deutschnationalen 23 224, Deutsches Soziale 21 8-9, Evangelischer Gemeinschaftsbund 15 193 Stimmen.

Vorläufiges Ergebnis der badischen Landtagswahlen.

Karlsruhe, 26. Oktober. Bis 12.45 Uhr nachts galten in den 7 Wahlkreisen als gewählt: 28 Zentrum (34 im alten Landtag), 16 Sozialdemokraten (20 und 1 Unabhängiger), 7 Demokraten (6), 9 Rechtsblock (7 Deutsche Nationale und 2 Landbund), 7 Deutsche Volkspartei (5), 4 Kommunisten (3 und 1 Unabhängiger), 2 Wirtschaftliche Vereinigung (1). — Die Beteiligung an den Wahlen ist als sehr schwach zu bezeichnen; sie dürfte 60 Prozent kaum erreichen. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen.

Friedensverhandlungen in Tanger?

Paris, 26. Oktober. Nach einem Telegramm aus Madrid soll Abd el Krim in Begleitung von 2 Ingenieuren und mehreren Eingeborenen nach Tanger abgereist sein. Es wird angenommen, daß es sich um Besprechungen über die Friedensbedingungen handelt.

Am Karlsplatz mußte sie umsteigen, nach Schwabing zu.

Er folgte ihr.

„Wollen wir fahren oder lieber gehen?“ sprach er sie an.

Der Abend war wundervoll warm und mild. Das Licht der Bogenlampen ließ das junge Grün der Kastanienbäume, der Sträucher, des Rasens in smaragdem Glanze schimmern. Die Tulpen in den Anlagen standen steif und feierlich da in ihrer roten, weißen und gelben Pracht, und die Kastanien hatten ihre weißen und roten Blütenkerzen aufgestellt. Das Wasser im Nornenbrunnen rauschte, und geheimnisvoll lächelnd standen die drei Schicksalsgöttinnen da. Lachende junge Paare mit blühenden, erwartungsvollen Augen eilten plaudernd dahin.

„Frühling, Frühling!“ rief alles jauchzend, und schwer und verheißungsvoll stieg es aus der Erde auf.

Gwendoline stand zögernd da; da schob er kurz ent-

schlossen seinen Arm unter den ihren.

„Kommen Sie, Baronesse! Was ich Ihnen zu sagen habe, verträgt keine Zeugen.“

Beinahe willenlos mußte sie ihm folgen, von einer schweren, süßen Mattigkeit befangen. Sie sprachen lange kein Wort. Nur beglückend fühlte sie den Druck seines Armes.

Erst als sie am Königsplatz angelangt waren und die Propyläen und die Glyptothek in ihrer klassischen, erhabenen Pracht vor ihnen auftauchten, löste er das Schweigen.

„Sind Sie mir böse, Gwendoline, daß ich so ohne weiteres über Sie verfüge?“ fragte er leise und weich.

„Wäre ich sonst mit Ihnen gegangen? Soviel Selbstbestimmung habe ich noch —“ In reizender Schelmerei sah sie zu ihm empor. Und ihr Lächeln, ihr scheuer, zärtlicher Blick machten sie unwiderstehlich. Er blieb stehen und sah sie an den Schultern.

„Gwendoline!“ flüsterte er halbsterstikt.

Sie sah ihn mit den großen leuchtenden Augen an.

Und dann war es geschehen — sie lag an seiner Brust — er küßte sie; ihr Mund drängte ihm sehnsüchtig entgegen.

„Gwendoline, mein bist du — mein —“

„Ja, dein bin ich, dein — Agel —“ sie legte die Arme um seinen Hals und küßte ihn. (Forti. folgt.)

Heimatschutz-Vorträge.

Karten an der Abendkasse.

Diesen Dienstag, 27. Oktober, abends 8 Uhr, Schützenhaus Pulsnitz

Filmvortrag: „Gesiederte Räuber“

Viele interessante lebende Bilder aus der heimischen Vogelwelt.

Niederer: Oberlehrer Paul Bernhardt, Dresden.

Deutsche Oberschule Bischofswerda

(mit Schülerheim)

Anmeldungen von Schülern und Schülerinnen für Sintern 1926 (Klassen Sexta bis mit Obersekunda) werden schultäglich von 11—12 Uhr entgegengenommen. Schlusstermin 5. November 1925.

Vorzulegen sind Geburtsurkunde, Impfschein und letzte Schulzensur.

Bischofswerda, den 24. Oktober 1925.

**Die Direktion
der Deutschen Oberschule.**



Am Sonnabend, den 24. Oktober versandt und ruhig nach schwerem, mit Geduld ertragenen Leiden unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Frau Emilie verw. Kotzsch
geb. Wächter

im 72. Lebensjahr.

Dies zeigen hierdurch an
die tieftrauernden Hinterbliebenen
Friedersdorf, den 24. Oktober 1925

Die Beerdigung findet morgen Dienstag, nachm.
1/4 Uhr vom Trauerhause aus statt

Baugenossenschaften.

cand. rer. oec. Kraft, Dresden, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter des Verbandes der sächsischen gemeinnützigen Bauvereinigungen.
(Schluß.)

Ich bin schon oft gefragt worden, warum man die Rechtsform der Genossenschaft wählt und nicht eine andere. Das liegt in der Struktur der Genossenschaft und ihrer Idee begründet. Es soll die Genossenschaft nicht eine Kapitalgesellschaft sein, wie eine Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft. Das Grundprinzip der Genossenschaft, die Gleichheit aller, kommt zum Ausdruck, wenn jedes Mitglied eine Stimme hat. Den Kapitalgesellschaften wird nach dem Kapital gestimmt, jenehe ich beigebe, desto mehr Stimmen habe ich. Die Genossenschaft ist aber auch keine Personalgemeinschaft, wo in wenig Händen die Geschichte der Unternehmung zusammenlaufen. Die Genossenschaft öffnet dem Eingang die Bahn zur Befähigung und lädt ihn in die verantwortungsvolle Zeitung gelangen, nicht weil er kapitalkräftig ist, sondern weil er befähigt ist. Von vielen Seiten wird die Genossenschaft als schwerfällig bezeichnet. Das mag in Einzelfällen richtig sein, sie hat gegen sich die festere Fassung, das Solldere. Ein Verein kann heute sich gründen und morgen auszuentfernen, einer Genossenschaft ist das nicht möglich. Einem Verein wird aus diesem Grunde selten ein Kredit eingeräumt, einer Genossenschaft muss jedoch ein Kapital zur Seite stehen, hinter dem in gleicher Höhe die kreditstiftende Haftsumme steht. So ist die Genossenschaft die gegebene Rechtsform der kleinen Leute.

Übersicht mal, was die Bewegung in dreißig Jahren in Sachsen geschaffen hat, so muss man doch eine Anerkennung gewähren. Über 20.000 Wohnungen sind in Sachsen Genossenschaftseigentum, über 85.000 Menschen zählen zu den Mitgliedern der Bewegung. Es knüpft sich an die Gedankengänge die Frage an, ob mit der Errichtung von Wohnungen die Baugenossenschaften ihre Pflicht erfüllt haben. Wäre das der Fall, dann könnte man nicht das Recht ableiten, von einer Kulturbewegung zu sprechen. Die Wohnung, in der der Mensch doch den größten Teil seines Lebens zubringt, soll leicht und lustig, geräumig und gesund sein. Das Ideal wäre natürlich das Einfamilienhaus. Ich will mich nicht in Erörterungen verlieren, was billiger zu erstellen sei, das Einfamilienhaus oder das Mehrfamilienhaus. Ich will mich aber als Genossenschaftler gegen ein anderes wenden, gegen das Eigenheim. Die Vereinigung, die gemeinsam Häuser erstellt und sie dann aus ihren Händen gibt, gräbt sich ihr eigenes Grab. Die Menschen, die eine derartige Strömung befürworten oder gar fördern, sind nur auf ihrem eigenen Vorteil eingestellt. Konzentration — die Lösung aller Wirtschaft — ist allein die Möglichkeit, in ein Wirtschaftsleben bestimmt einzutreten. 20.000 Genossenschaftswohnungen stehen in Sachsen bereit, mietpreisregulierend ihr Gewicht in die Wagschale der Preisbestimmung zu werfen, wenn übermäßige Forderungen an Miete das Einkommen der Beamten, Angestellten und Arbeiter zu schwächen drohen. Sie bilden einen dauernd sich vergrößernden Fond. Hätten die Genossenschaften nur Eigenheime erstellt, die in das Eigentum der Mitglieder übergingen, so wäre die Genossenschaftsidee egoistisch gewesen, hätte nur ihren eigenen Vorteil gebracht. Dass sie es nicht getan hat, stärkt sie zum Wohl aller anderen Volksgenossen, die niemals

Karl Heinz

Die Geburt eines strammen STAMMHALTERS zeigen hocherfreut an

Pulsnitz Richard Preibisch und Frau

Wegen Unannehmlichkeiten ist von heute ab

alles Sandabsfahren verboten!

E. Lübel, Kleindittmannsdorf

CARMOL

tut wohl, hindert Schmerzen.

Man verwendet Carmol (Karmelitergeist) bei Erkältungs-Krankheiten: Rhuuma, Hexenschuss, Genick, Kreuz-, einfaches Kopf-, Zahnschmerzen, Husten und Schnupfen.

Eine Flasche Carmol ist eine billige Hausapotheke.

Hyproxit [Magnesium peroxyd]

Wer sich elend, krank, matt fühlt, hat meist Magenbeschwerden und ungesundes, krankes Blut. Eine 3—4-wöchentliche Kur mit Blutreinigungs- und Magenpulver Hyproxit wirkt meist Wunder, sodass die Kranken sich wie neu geboren fühlen.

Carmol-Blutreinigungs-Tee
(aus Sennafrucht bereitet)

ist ein beliebtes Abführmittel, da die Wirkung zuverlässig und reizlos ist.

Carmol-Fabrik, Rheinsberg (Mark).

Obstbäume

Baumsträucher u. -Bäumchen

Ziersträucher u. -Bäumchen

Alpenrosen, Clematis
in verschied. Farben

Rhabarber

u. a.
empfohlen

Hübner, Gärtnerel.

Briefumschläge

fertigen billigst

E. L. Försters Erben.

Stellen-Angebote

Zimmerer

gesucht

Baumeister Jöhne

Gestern abend wurde in der Müllerstraße ein brauner Rock vom Pferde gestochen.

Wenn der Schauspieler, Herr Neumeier, welcher zwei Monate bei mir wohnt, mir nicht binnen 14 Tagen seine Schuld bezahlt, werde ich seinen Namen öffentlich nennen.

Handel.

Berliner Börse vom Sonnabend.

Die Börse war bereits im Anfang erheblich schwächer. Die Kurse ließen durchschnittlich 1,50—2 Prozent niedriger ein. Es handelt sich jedoch lediglich um Abgaben der Spekulation, die größtenteils zu den ersten Kurzen gehandelt wurden.

Amtliche Devisen-Notierung.

Devisen (in Reichsmark)	24. Oktober Geld	25. Oktober Brief
New York . . . 1 \$	M. 4,195	M. 4,195
London . . . 1 £	2,025	20,375
Amsterdam . . . 100 FL	168,84	189,26
Kopenhagen . . . 100 Kron.	103,37	103,63
Stockholm . . . 100 Kron.	112,26	112,54
Oslo . . . 100 Kron.	84,99	85,21
Italien . . . 100 Lire	16,66	16,70
Schweiz . . . 100 Frs.	80,76	80,96
Paris . . . 100 Frs.	17,88	17,42
Brüssel . . . 100 Frs.	19,12	19,12
Prag . . . 100 Kron.	12,42	12,46
Wien . . . 100 Schill.	59,12	59,12
Spanien . . . 100 Peseta	60,07	59,95

Bantibont: Berlin 9 (Lombard 11), Amsterdam 4, Brüssel 5%, Paris 6, London 4%, Wien 9, Prag 7.

Effektenmarkt.

Von deutschen Renten eröffneten 5 prozent. Reichsanleihen mit 0,22, gingen dann auf 0,21,75 zurück. Von Bahnanleihen gingen Hochbahn zurück. Am Schiffahrtsmarkt wurden verschiedene Werte ausgefeiert. Am Montanmarkt waren die Terninipapiere durchschnittlich um 2 Prozent niedrig. Die Kursteile waren fast geschäftslos. Auch chemische Werte waren schwächer. Elektrizitätswerte zeigten sich verhältnismäßig widerstandsfähig. Waggonwerte wurden kaum gehandelt. Am Maschinenmarkt wurde eine ganze Reihe von Werten ausgefeiert. Werkstätten wurden wenig gehandelt, ebenso Tegatwerte.

Berliner Produktionsbörse vom Sonnabend.

Der Umfang des Geschäfts war sehr eng begrenzt, die Handlung leicht befreit. Die vom Ausland eingelaufenen Stimmungsberichte brachten Preiserhöhungen, auch zeigte sich nach dem gestrigen Rückgang einiger Bedeutung. Die Nachfrage nach Brotgetreide für die Ausfuhr war nicht groß und konnte ohne Schwierigkeiten befriedigt werden. Die Mühlbuden blieben dem ziemlich reichlichen Angebot aus dem Inland gegenüber in Hinblick auf den schleppenden Absatz von Mehl zurückhaltend.

Amtliche festgesetzte Preise an der Produktionsbörse zu Berlin vom 24. Oktober. (Getreide und Dölfachten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm, alles in Reichsmark) Weizen, märkischer 209—212 Oktober 228, Dezember 229, März 234,50—235, fester Roggen, märkischer 141—145 Oktober 162, Dezember 164—164,50, März 174—174,50 fester, Gerste, Sommergerste 196—218 (feinste Sorten über Notiz), Futter- und Wintergerste 156—163, flau, Hafer, märkischer 165—175, weiss, 157—162, März 186 matter, Weizenmehl per 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sad (feinste Marken über Notiz) 26,50 bis 30,50, stetig. Roggenmehl per 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sad 20,75—23 stetig. Weizenkleie frei Berlin 11 bis 11,30 ruhig, Roggenkleie frei Berlin 8,90—9,20 ruhig, Victoria-Ecklen 26—32; kleine Speiseroben 25—27; Futterherben 20—23; Pflücker 18—19; Ackerbohnen 20—22; Lupinen 22—25; Lupinen, blaue 12—12,50; Rapssuchen 15—15,20; Leinfruchten 22—Trockenschnitzel 8,50—8,70; Sojaschrot 20,10—20,30; Tortflocken 30,70 9,40—9,60; Kartoffelflocken 14—14,30.

Amtlicher Bericht vom Schlachthofmarkt vom 24. Oktober. Der Auftrieb betrug 2605 Rinder, darunter 470 Bullen, 979 Ochsen, 1156 Kühe und Färden 1365 Kälber, 8975 Schafe, 6108 Schweine, 25 Ziegen, 255 Auslandschweine. Der Verlauf des Marktes war bei Kindern Kälbern ruhig, bei Schafen langsam, bei Schweinen glatt. Die Preise lauten: Ochsen a) 50 bis 54, b) 43—46, c) 36—40, d) 28—33. Bullen: a) 50—54, b) 43—47, c) 36—40, Kühe und Färden: a) 48—53, b) 38—44, c) 27—34, d) 21—25, e) 17—19. Fresser: a) 22—28, Kälber: a) 40—46, b) 35—36, c) 65—80, d) 50—60, e) 38—45. Schafe: a) 40—46, b) 30—38, c) 20—25. Weidemätschke: a) 45—48, b) 30—38, Schafe: a) 5—6, b) 96—97, c) 94—95, d) 90—93, e) 85—89, D—Sauen: 88—88, Ziegen: 18—23.

Berliner Butternotierung. Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 24. Oktober zwischen Erzeuger und Großhandel, Fracht und Gebinde zu Seiten des Käufers. 1. Qualität 210, 2. Qualität 185, abfallende Sorten 165 Km. pro Zentner. Tendenz: Ruhig.

Sport

Auf der Jahres-Hauptversammlung des Landesvereins für Lehrer an höheren Schulen Sachsen wies Prof. Berney auf die hohe Bedeutung der körperlichen neben der geistigen Durchbildung hin.

Die Sächsische Turnlehranstalt in Dresden hält seit 23. Oktober auf ein 75-jähriges Bestehen zurück. Die Anstalt ist die älteste dieser Art in ganz Deutschland. Ihr vom Kultusministerium bestellte Ziel ist die Heranbildung von Turnlehrern und die Verbreitung und Entwicklung des Schulsports.

Die Verhandlungen zwischen Vertretern der Deutschen Turnerschaft und des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen über eine neue Form der Zusammenarbeit finden am 9. November in Berlin unter dem Vorstoß des früheren preußischen Unterrichtsministers Dr. Schmidt-Ott statt.

Die Feier der Grundsteinlegung zum Deutschen Sportforum hat dem Deutschen Reichsausschuss einen erfreulichen Ueberzug gebracht. Zahlreiche Spenden und Stiftungen sind ihm unter dem Eindruck dieses Tages zugeslossen.

In Berlin ist ein Verband Deutscher Motorradrennfahrer gegründet worden.

Lustiges aus Zeitungsanzeigen.

Ein zahlreicher, aus neun Köpfen bestehender Familienvater bittet seine Menschenfreunde um gütige Unterstützung.

Ein Kutscher, dem schon zwei Herren gestorben sind, sucht bei einer ähnlichen Herrschaft ein Unterkommen.